

Streit um Vertretungslehrer

SCHULEN Ministerin Ahnen verteidigt Überprüfung der Verträge gegen Kritik der Opposition

Vom 16.06.2011

Von Markus Lachmann

MAINZ . Die Mainzer Landesregierung hat die Verträge von Vertretungslehrern auf den Prüfstand gestellt, nun sind viele Pädagogen im Land verunsichert: Scharfe Kritik musste sich gestern Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) im Landtag von der CDU-Opposition gefallen lassen. Viele Vertretungslehrer mit befristeten Verträgen seien verzweifelt, weil sie nicht wüssten, wie es nach den Sommerferien weitergehe, hielt die CDU-Abgeordnete Bettina Dickes der Ministerin vor - und zitierte aus Briefen von Betroffenen. Sie sprach von einem "verantwortungslosen Umgang" der Regierung. Womöglich werde im kommenden Schuljahr weiterer Unterricht ausfallen. Auch Lehrerverbände hatten in den vergangenen Wochen massive Kritik an der Praxis der Landesregierung geäußert.

Das Bildungsministerium hatte unlängst alle Verträge mit Vertretungslehrern überprüft - eigentlich ist dafür die Schulaufsicht zuständig (wir berichteten). Ministerin Doris Ahnen verteidigte diesen Schritt vor dem Hintergrund der Schuldenbremse: die Ausgaben seien in den vergangenen Jahren stark gestiegen, obwohl die strukturelle Unterrichtsversorgung besser geworden sei. So stiegen die Kosten für "Vertretungsmittel" von 80 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 110 Millionen Euro in diesem Jahr. "Wir müssen sorgfältig prüfen, wie wir das Geld ausgeben", betonte Ahnen.

Einen Anlass, dies zu skandalisieren, gebe es nicht. So seien 60 Prozent von den 120 vorgelegten Anträgen, Verträge neu abzuschließen, genehmigt worden. "Alleine rund 1600 Vertretungsverträge laufen über die Schulferien hinweg", sagte sie.

Sie widersprach Behauptungen, Verträge seien gestoppt worden. Befristungen seien überdies nötig: Dahinter verbergen sich, so Ahnen, meist erkrankte Lehrer oder Kräfte, die in Elternzeit gingen und ein Rückkehrrecht hätten.

Das Land hat nun einen Lehrer-Vertretungspool mit 200 Planstellen eingerichtet. Die Mittel dafür betragen zehn Millionen Euro, Geld, das bislang für Vertretungsverträge ausgegeben wurde. Die Ausgaben sollen von der Schulaufsicht künftig genau "verfolgt" werden, auf Neudeutsch "Controlling". Wer aus diesem Pool bezahlt wird, wird verbeamtet. Das bedeute bessere Bedingungen für die Betroffenen.

Bettina Dickes (CDU) spricht von einem "Mini-Pool". "Darin lässt sich nicht entspannt schwimmen." Rückendeckung erhielt Ahnen erwartungsgemäß von den Fraktionen von SPD und Grünen. Der Pool biete "jungen Menschen eine gute Perspektive und den Schulen eine verlässliche Vertretungspraxis", sagte Bettina Brück (SPD). Ruth Ratter (Grüne) erklärt, es sei richtig, bei den Ausgaben für Vertretungslehrer genauer hinzuschauen. Der Anstieg um 30 Millionen Euro in drei Jahren sei "dramatisch". Zwar sei der Pool "weder kurz- noch langfristig hinreichend", aber immerhin ein Anfang. Unterdessen kam es noch vor der eigentlichen Landtagssitzung zu heftigem Streit zwischen CDU und Rot-Grün. So schmetterten SPD und Grüne den Antrag der CDU ab, zwei weitere Punkte auf die Tagesordnung zu nehmen: die Anträge seien nicht fristgerecht eingebracht worden. Bei den Punkten geht es zum einen um einen Nachtragshaushalt 2011 sowie um mögliche Schadenersatzansprüche des Landes gegen Ex-Aufsichtsratsmitglieder des Nürburgrings. Nun will die CDU eine Sondersitzung des Parlaments beantragen.